Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie = Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 8 (1982)

Heft: 3

Artikel: Neue Entwicklungen im Verhältnis von Familie und Politik

Autor: Geissler, Rainer

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-814328

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweiz. Z. Soziol. / Rev. suisse sociol., 8 (1982) 451–468

NEUE ENTWICKLUNGEN IM VERHÄLTNIS VON FAMILIE UND POLITIK

Rainer Geissler

Universität Siegen, Fachbereich I
Postfach 21 02 09 D–5900 Siegen 21

RESUME

Sur la base de matériaux empiriques et de réflexions théoriques cette étude relativise l'image selon laquelle la sociologie familiale représente généralement le privatisme de la famille. Il est montré qu'une évolution s'est produite durant les deux dernières décennies que l'on pourrait appeler "ouverture politique de la famille". Quatre indices marquent cette tendance: l'intrusion de mass-media politiques dans l'espace privé et préservé de la famille, la politisation des échanges familiaux, le rappel de la tâche d'éducation politique des parents, ainsi que l'enrichissement général de l'action familiale par des éléments rationnels. Des différences spécifiques aux couches sociales ne sont pas éliminées pour autant: les familles des couches supérieures sont toujours davantage politisées que celles des couches inférieures. Les causes de cette évolution résident d'une part dans la politisation générale de la culture politique et d'autre part dans la libération croissante de la famille des contraintes économiques, normatives, ainsi que de celles liées au temps.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Studie relativiert an Hand empirischer Materialien und einiger Ueberlegungen die in der Familiensoziologie gängige Vorstellung vom Privatismus der Familie. Es wird gezeigt, dass sich in den beiden letzten Jahrzehnten eine Entwicklung vollzogen hat, die man etwas pointiert als "politische Oeffnung der Familie" bezeichnen kann. Vier Symptome zeigen diese Tendenz an: das Eindringen politischer Massenmedien in den privaten Schonraum der Familie, die Politisierung des Familiengesprächs, die Rückbesinnung auf eine politische Erziehungsaufgabe der Eltern sowie eine allgemeine Anreicherung des Familienhandelns mit rationalen Elementen. Schichtspezifische Unterschiede werden dabei nicht beseitigt: Oberschichtenfamilien sind weiterhin stärker politisiert als Unterschichtenfamilien. Die Ursachen dieser Entwicklung liegen einerseits in einer allgemeinen Politisierung der politischen Kultur, andererseits in einer zunehmenden Befreiung der Familie von ökonomischen, zeitlichen und normativen Zwängen.

© 1982 Schweiz. Ges. f. Soziologie/Soc. suisse de sociologie

Das Verhältnis von Familie und Politik wird in der Familiensoziologie üblicherweise durch das Konzept einer zunehmenden Polarisierung von Privatsphäre und Oeffentlichkeit charakterisiert. Man geht dabei davon aus, dass der Strukturwiderspruch von privatem und öffentlichem Bereich noch zusätzlich verschärft wird durch Privatismus, Familismus und soziale Isolation der Familie. Das Gegenstrukturkonzept wird von Wissenschaftlern mit unterschiedlichen ideologischen und politischen Positionen vertreten und entsprechend unterschiedlich bewertet. Ich möchte diese Vorstellungen über den Zusammenhang von Familie und Politik zunächst in groben Zügen skizzieren, um sie dann in einigen Punkten zu relativieren und zu verändern.

1. PRIVATISMUS, FAMILISMUS, ISOLATION: DIE FAMILIE ALS "GEGENSTRUKTUR" ZUR POLITIK

Die Trennung von Heim und Arbeitsstätte, die Tendenz zur Reduktion der Grossfamilie auf die Kernfamilie und die Bürokratisierung von Berufswelt und Oeffentlichkeit durch die Entstehung der Grossorganisationen haben zu einem "Dualismus der gesellschaftlichen Sphären", zu einer "Polarisierung der Lebensformen" (Geiger, 1964) geführt. Den einen Pol dieses Dualismus bildet die Familie, zum anderen Pol gehört neben der Arbeitswelt die Politik . Beide Sphären der Gesellschaft treiben immer weiter auseinander, weil sich die Kernfamilie zunehmend aus den gesellschaftlichen Funktionsbereichen von Arbeit und Daseinsvorsorge, aber auch aus den umgreifenden Verwandtschaftsgruppen herauslöst und sich zu einer kleinen, privaten, gefühlsbetonten Gemeinschaft entwickelt (Privatisierung, Emotionalisierung). Familie und Politik sind "gegenstrukturell verfasst" (Schelsky, 1967, 33): Familienstrukturen sind überwiegend einfach, übersichtlich, vertraut, emotional, personenberzogen; die Strukturen der Politik dagegen sind vorwiegend komplex, unübersichtlich, distanziert, rational und leistungsbezogen. Liebe ist ein wesentliches Element der Familie, das Ringen unterschiedlicher Interessen um Macht ist das Wesen der Politik.

Wertorientierungen und Verhaltensnormen in Familie und Politik klaffen daher auseinander (vgl. Schelsky, 1967, 31-35; Dahrendorf, 1965, 327ff.; Rosenbaum, 1973, 134; Neidhardt, 1975, 35f.; Behrmann, 1976, 134 u. 144; Schmitt, 1979, 228f.).

Der Strukturwiderspruch von Familie und Politik wird in seinen Folgen verschärft durch eine relative soziale Isolation der modernen Kernfamilie von der Oeffentlichkeit: es wird betont, dass mit der stärkeren Einbindung des einzelnen in die Familie "hinsichtlich der Umweltorientierung erhebliche Defizite" verbunden seien (Familienbericht, 1975, 62), dass ein "Beziehungsdefizit . . . zwischen Familie und . . . öffentlichen Institutionen" besteht (Neidhardt, 1975, 174). Aus den vorliegenden empirischen Materialien werden – wenn auch nicht mit endgültiger Sicherheit – Tendenzen zum

Familismus abgeleitet: die Familienmitglieder konzentrieren sich auf das Familienleben und dessen spezifische Inhalte und Werte und vernachlässigen dabei die Teilnahme am öffentlichen Geschehen (Familienbericht, 1975, 32f. u. 62). Als empirische Belege werden die folgenden Daten aufgeführt:

– Die Kontakte mit den Organisationen der Oeffentlichkeit sind relativ schwach: nur 65 % der Männer und 35 % der Frauen sind Mitglieder in Verbänden, Vereinen oder Parteien (Familienbericht, 1975, 33), und nur 22 % der Väter und/ oder Mütter mit minderjährigen Kindern gehen gelegentlich zu Vereins-, Gewerkschafts- oder Parteiversammlungen (Neidhardt, 1975, 175).

– Die Freizeitaktivitäten konzentrieren sich auf die Familie, öffentliche oder politische Betätigungen spielen lediglich eine drittrangige Rolle (Familienbericht, 1975, 33). 1964 waren in einer repräsentativen Erhebung 70 % der Befragten der Ansicht, der Ehegatte solle sich von "öffentlichen Angelegenheiten", von Fragen in der Gemeinde, in der Politik oder in öffentlichen Organisationen fernhalten, und nur 18 % meinten, er solle sich aktiv darum kümmern (Wurzbacher und Kipp, 1968, 23).

– Die Anlässe für Meinungsverschiedenheiten sind vorwiegend private Familienprobleme. "Geschäftliches, Berufliches, Politik" machen nur 8 % aller Anlässe aus (Familienbericht, 1975, 33).

Privatismus und Familismus werden unterschiedlich bewertet. Für Schelsky bietet die emotionale Privatheit der Familie Schutz und Ausgleich gegenüber der "Selbstentfremdung des Menschen in den Sachzwängen der Arbeitswelt und Oeffentlichkeit" (Schelsky, 1967, 37). Zu Schelsky's Konzept der "Gegenstruktur" gehört das Ja zu den privaten Strukturen bei gleichzeitiger Kritik an den öffentlichen Strukturen. Die Intimität der Familie stellt das notwendige Gegengewicht zu einer bedenklichen bürokratisierten Umwelt mit ihren Zumutungen an den einzelnen dar.

Vor dem Hintergrund eines partizipatorischen und sozialen Demokratie-Ideals dagegen fällt das Urteil anders aus: Familismus, Privatismus und Isolation verursachen ein Erfahrungsdefizit im Hinblick auf den öffentlichen Bereich, und dieses hat wiederum ein Defizit an Entwicklungen von öffentlichen Tugenden zur Folge: die Fähigkeit zur rationalen Konfliktbewältigung und zur Solidarität ausserhalb der Familie bleibe unterentwickelt, stattdessen werde ein Misstrauen gegenüber dem öffentlichen Bereich geweckt (Familienbericht, 1975, 63). Für Dahrendorf ist die starke Position der privatisierten Familie im deutschen Erziehungssystem einer der Gründe für die "Pathologie der liberalen Demokratie" (Dahrendorf, 1965, 357) in der Bundesrepublik Deutschland.

Eine Familie, die die Gefahren einer "Totalprivatisierung des Bewusstseins und einer inneren Emigration aus öffentlichen Bereichen" heraufbeschwört (Neidhardt, 1975, 78), wäre in der Tat eine schwere Hypothek für eine partizipatorische und soziale Demokratie. Allerdings entbehren die geschilderten Sozialisationsfolgen eines familialen Privatismus bisher des empirischen Nachweises. Sie beruhen auf Plausibilitätsüberlegungen, die aus den Thesen über Familismus und Isolation abgeleitet sind. Aber auch diese Thesen bedürfen der Differenzierung. Das Denken im Modell des Widerspruches von Privatheit und Oeffentlichkeit hat offenbar dazu geführt, dass einige Verknüpfungen von Familie und Politik übersehen oder unterschätzt wurden. Die politische Subkultur der Familie ist nicht so unpolitisch, wie sie im "Gegenstruktur"-Konzept dargestellt wird. Politik und Familie durchdringen sich stärker als es die Polarisierungsthese unterstellt, das Gegenstruktur-Konzept ist nicht in der Lage, einige Entwicklungen angemessen zu erfassen, die sich über eine allgemeine Politisierung der deutschen Bevölkerung auch auf die politische Subkultur der Familie ausgewirkt haben.

Anhänger und Kritiker des Familismus übersehen eine Entwicklungstendenz der beiden letzten Jahrzehnte, die man – etwas pointiert – als "politische Oeffnung der Familie" bezeichnen kann. Die politische Oeffnung der Familie lässt sich an vier Symptomen aufzeigen: am Eindringen der Massenmedien in den privaten Schonraum der Familie, an der Politisierung der Familiengespräche, an der Hinwendung der Eltern zu einer politischen Erziehungsaufgabe und an einer Anreicherung der familialen Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen mit rationalen Elementen.

2. DIE POLITISCHE ÖFFNUNG DER FAMILIE

2.1 Das Eindringen politischer Massenmedien in den privaten Schonraum der Familie

Die These vom Defizit der Familie an Umweltorientierung stützt sich auf Materialien über "direkte" Kontakte der Familienmitglieder zu Institutionen und Organisationen der Familienumwelt. Sie vernachlässigt dabei "indirekte" Umweltkontakte, die zunehmend wichtiger geworden sind.

Technologischer und sozioökonomischer Wandel haben die politische Kommunikationsstruktur nachhaltig verändert. Der Kontakt zum politischen Bereich wird in immer stärkerem Masse über die Massenmedien hergestellt.

Das Fernsehen ist dabei zum dominanten Informationsmedium geworden. Im 1. Quartal 1979 erreichte die ARD-"Tagesschau" durchschnittlich 33 % aller Fernsehhaushalte (Einschaltquoten), die ZDF-Nachrichtensendung "heute" 29 %, die politischen ARD-Magazine 23 %, das "heute-journal" 21 %, die "Tagesthemen" 12 % und das "ZDF-Magazin" 11 % (Darschin, 1979, 365ff.).

Durch die Ausbreitung des Fernsehens wurden Hörfunk und Tageszeitung als politische Informationsmedien nicht etwa verdrängt, sondern die Reich-

Tabelle 1
REICHWEITE DES POLITISCHEN INFORMATIONSANGEBOTES DER MEDIEN AN EINEM DURCHSCHNITTLICHEN WERKTAG

Von 100 Personen werden durch politische Informationen erreicht:	Gesamtbevölkerung			
	1964	1970	1974	1980
des Fernsehens	42	63	68	68
des Hörfunks	47	55	59	63
der Tageszeitung	46	49	54	57
insgesamt	82	88	92	94
durchschnittliche Zahl der Informationsquellen	1,4	1,7	2,0	2,0

Quelle: Kiefer, 1981, p. 271

weite des politischen Informationsangebotes dieser beiden Medien hat ebenfalls zugenommen (vgl. Tabelle 1).

Ueber die Art und Weise, wie massenmediale Informationen in den Familien aufgenommen und verarbeitet werden, ob sie nur oberflächlich "konsumiert" werden, ob sie Diskussionen auslösen, ob sie stimulierend auf die politische Subkultur der Familie wirken, darüber liegen leider keine empirischen Daten vor (Hunziker, 1976). Einen Schluss lassen jedoch die groben Materialien der Rezipientenforschung zu: Die Politik ist über die Massenmedien zunehmend in den privaten Schonraum der Familie vorgedrungen.

Auch das Defizit an direkten Umweltbeziehungen der Familie ist durch die zunehmende Orientierung der Frauen über den engen Horizont der Familie hinaus etwas abgebaut worden. In den letzten 25 Jahren haben die Frauen ihre Kontakte zur kulturellen Szene intensiviert und sich auch stärker in Vereinen engagiert. Der Anteil unter ihnen, die Mitglieder in Vereinen sind, stieg von 36 % im Jahre 1953 auf 45 % im Jahre 1979 (Guratzsch, 1981).

2. 2 Die Politisierung des Familiengesprächs

Auch die Struktur der Kommunikation innerhalb der Familie hat sich verändert. Ueber die Politik als Gesprächsgegenstand in der Familie liegen eine Fülle von empirischen Daten vor. Sehr unterschiedlich angelegte Studien, unterschiedliche Stichproben, unterschiedliche Altersstufen, unterschiedliche Frageformulierungen, z.T. wurden die Eltern, z.T. die Kinder oder Jugendlichen befragt, ergeben ein relativ einheitliches Bild.

2. 2. 1

Im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Eltern und Kindern stehen Ausbildungs- und Berufsprobleme, die Freizeitbeschäftigungen sowie der Freundes- und Bekanntenkreis, Politik ist lediglich zweitrangig. So sprachen 1975 von den 13- bis 25-jährigen Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland 37 % mehrmals in der Woche mit ihren Eltern über Schule, Beruf und Arbeit, 32 % über ihre Freizeitaktivitäten, 24 % über Freunde, Freundinnen und Bekannte, aber nur 16 % über öffentliche Angelegenheiten und Politik (Blücher, 1975, Band III, 88, Schulze, 1977, 59).

2. 2. 2

Obwohl politische Probleme im Vergleich zu anderen Themen weniger häufig Gegenstand des Familiengesprächs sind, wird die Politik nicht aus den Familien verbannt. Im Gegenteil: Untersuchungen aus den 70er Jahren zeigen übereinstimmend, dass in etwa Dreivierteln der deutschen Familien zumindest gelegentlich über Politik geredet wird. Von den 18-Jährigen gaben 1976 36 % an, häufig mit dem Vater über Politik zu sprechen, 23 % redeten häufig mit der Mutter darüber.

Lediglich ein Viertel der Jugendlichen zwischen 13 und 25 Jahren führen selten oder nie mit ihren Eltern politische Gespräche (Blücher, 1975, Band II, 74 u. 174, 177; Jennings und Jansen, 1976, 339; Koch, 1972; Jaide, 1978, 48).

Zu Beginn der 60iger Jahre, also etwa ein Jahrzehnt vorher, sah die Situation noch anders aus. Damals kamen über die Hälfte der Jugendlichen aus Familien, in denen die Politik ein Tabu war (Becker u.a., 1967, 58).

Die politische Familienkommunikation wurde nicht nur zwischen Eltern und Kindern intensiviert, sondern auch die Ehepartner machen politische Themen häufiger zum Gegenstand ihres Gespräches. Von 1953 bis 1979 stieg der Anteil der Ehepaare, die sich über Politik unterhalten, um 27 % (Guratzsch, 1981).

Die allgemeine Politisierung der deutschen Bevölkerung in den 60iger Jahren (vgl. dazu Greiffenhagen und Greiffenhagen, 1979, Schissler, 1979, 169 ff; Merelman und Foster, 1979, 145) ist also deutlich auf die Familien durchgeschlagen: Das politische Gespräch ist stärker in die Familien eingedrungen.

2. 2. 3

Bei der Oeffnung der Familie gegenüber dem politischen Bereich zeigen sich typische schichtenspezifische Unterschiede. In den stärker politisierten oberen Schichten finden politische Gespräche häufiger statt als in den unteren Schichten. Dazu die folgenden Belege:

– Bei Berliner und Freiburger Gymnasiasten der 10. und 12. Klasse beträgt der Anteil derjenigen, die zu Hause zumindest gelegentlich über Politik sprechen, fast 90 % (Harnischfeger, 1972, 88; Osswald und Völker, 1973, 145), bei bayrischen Hauptschülern der 9. Klasse lediglich 52 % (Menacher, 1972, 117).
– Nur 8 % der westdeutschen Jugend mit Abitur aber 29 % der Volksschüler sprachen 1963 zu Hause nie über Politik (Teschner, 1968, 40). Bis Anfang der 70iger Jahre ist dann jedoch unter den Hauptschülern der Anteil derjenigen, die mit ihren Eltern nie politische Gespräche führen, auf etwa 10 % geschrumpft (Wasmund, 1977, 158).
– Von den 1968 befragten Freiburger Untersekundanern und Unterprimanern hatten 83 % mit ihren Eltern über die Notstandgesetze, 77 % über den Vietnam-Krieg, 77 % über die Studentenrevolte und 62 % über die Anerkennung der DDR gesprochen (Osswald und Völker, 1973, 145).
– Als man 1977 deutsche Jugendliche danach fragte, "wo und wie man sich mit Politik befassen kann", nannten 75 % der Oberschichtangehörigen das Gespräch "zu Hause", von den Unterschichtenangehörigen waren es nur 45 % (Blücher, 1977, Band II, 145).

Die Bedeutung der Familie als Ort für politische Gespräche geht auch aus den Angaben der Erwachsenen hervor. Als wichtige Quelle für die Information über Wahlen rangiert die Familie in der Schweiz gleich nach den Massenmedien und erheblich vor anderen primären oder sekundären Gruppen. Auch hier zeigen sich die schichtspezifischen Unterschiede: Nur 18 % der Arbeiter gegenüber 32 % aller Wähler erfuhren viel über die Wahlen durch das Gespräch in der Familie (Geissler, 1972, 78 u. 117).

Die Daten zeigen, dass sich die Familien in den oberen Schichten stärker gegenüber dem politischen Bereich öffnen, während sich die Familien in den unteren Schichten eher abschirmen. Neidhardt's These vom Unterschichtenfamilismus (Neidhardt, 1968, 174ff.) ist weiterhin gültig.

2. 2. 4

Die Familie stellt – zusammen mit den Gleichaltrigen – den wichtigsten politischen Kommunikationskreis der Kinder und Jugendlichen dar. In der Mehrzahl der Studien, die zumeist Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 13 bis 29 Jahre gemeinsam erfassen, rangieren die Gleichaltrigen vor der Familie: Mit ihnen wird häufiger über Politik gesprochen als mit Eltern und Geschwistern (Scharmann, 1967; Becker u.a., 1967, 58; Teschner, 1968, 40; Harnischfeger, 1972, 89; Emnid, 1973; Wittern, 1974, 58; Blücher, 1975, Band II, 194 u. 177 sowie Band III, 88; Sand und Benz, 1976, 45).

Genauere Informationen über die Rolle der Familie ergibt die Analyse der unterschiedlichen Altersgruppen. Je älter die Jugendlichen werden, um so häufiger sprechen sie mit Gleichaltrigen über Politik. Bis etwa zum 18. Lebensjahr rangieren die Eltern vor den Freunden, danach bevorzugt man deutlich die Gleichaltrigen als Gesprächspartner (Tabelle 2).

Aehnliche Altersunterschiede zeigen sich auch bei den wichtigsten Bezugspersonen für politische Informationen. Je älter die Jugendlichen werden, um so geringer schätzen sie die Bedeutung der Herkunftsfamilie für die eigene politische Meinungsbildung ein und um so stärker die Bedeutung der Gleichaltrigen. Bis zum Alter von etwa 15-18 Jahren dominiert die Herkunftsfamilie mit abnehmender Tendenz, danach herrschen die Gleichaltrigen und der eigene Ehepartner mit zunehmender Tendenz vor (vgl. Tabelle 3).

In dieses Bild passen auch die Angaben der etwa 15-jährigen Hauptschüler, die zu Hause häufiger über Politik sprechen als mit Freunden oder Bekannten und von denen 41 % bzw. 46 % die Eltern um politischen Rat fragen würden, aber nur 6 % bzw. 4 % einen Freund (Menacher, 1972, 104, 117; Wasmund, 1977, 162). Auch bei den Achtzehnjährigen diskutieren 22 % häufig mit Freunden, aber 23 % häufig mit der Mutter und 36 % mit dem Vater über Politik (Jaide, 1978, 48).

Mit zunehmendem Alter lösen sich also die Jugendlichen aus der Herkunftsfamilie heraus; die Familie verliert als politische Bezugsgruppe an Bedeutung, an ihre Stelle treten Bekannte, Freunde, Arbeits- und Studienkollegen oder der eigene Ehepartner.

Tabelle 2
GESPRÄCHSHÄUFIGKEIT ÜBER ÖFFENTLICHE ANGELEGENHEITEN UND POLITIK MIT ELTERN UND GLEICHALTRIGEN

Alter	Vater oder Mutter Index *)	beste Freunde Index *)
13–15 Jahre	2.7	2,3
16–17 Jahre	3,1	3,0
18 21 Jahre	3,0	3,3
22 Jahre und älter	3,0	3,4

Quelle: Blücher, 1975, Band II, p. 175, 178

*) je höher der Index, um so häufiger finden Gespräche statt

Tabelle 3
WICHTIGSTE BEZUGSPERSON FUR POLITISCHE INFORMATIONEN (IN %)
Quelle: Kaltefleiter, 1974, 41

	Vater	Mutter	Freund/in	Lehrer/ Vorgesetzte	Kameraden/ Berufskollegen
Insgesamt	27	3	24	18	12
15–16 Jahre	44	5	11	20	10
17–19 Jahre	28	2	17	26	12
19–20 Jahre	18	1	32	18	13
21–23 Jahre	18	2	35	9	13

2. 2. 5

1977 wurden in einer interkulturell vergleichenden Untersuchung Jugendliche in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich und in Grossbritannien nach den Möglichkeiten befragt, "wo und wie man sich mit Politik befassen kann". Dabei kreuzten 58 % der Deutschen die Antwort "zu Hause, im Gespräch, privat" an, aber nur 28 % der Engländer und nur 11 % der Franzosen. Während bei den Deutschen die Familie an erster Stelle genannt wird, sind es bei den Engländern der Freundeskreis, bei den Franzosen Vereine und Verbände (Blücher, 1977, Band II , 79). Diese interessanten Befunde legen die Vermutung nahe, dass Privatismus und Familismus keine spezifische deutsche Erscheinung ist, wie es Dahrendorf noch unterstellt. Im Gegenteil: Für die jüngere deutsche Generation klaffen Politik und Familie kaum auseinander. Die deutsche Familie hat sich der Politik stärker geöffnet als die englische und französiche.

2. 3 Politische Erziehung in der Familie

Die Erziehung der Kinder zum guten Staatsbürger gehört nicht zu den vorrangigen Erziehungszielen der Eltern. Politische Sozialisation in den Familien vollzieht sich vor allem unbewusst, ungeplant, unkontrolliert, zufällig; sie ist eher ein "Abfallprodukt" allgemeiner Interaktionen und Kommunikationen in der Familie ohne erzieherische politische Absicht. Die Erziehungsbemühungen der Eltern kreisen um Ausbildung, um Leistung, um Voraussetzungen zum Erfolg im späteren Leben oder um allgemeine menschliche Werte. Empirische Erhebungen, die in der Bundesrepublik Deutschland etwa 15 Jahre nach Kriegsende durchgeführt wurden, machen die Abwehrhaltung der Familie gegenüber dem politischen Bereich deutlich: Politische Erziehungsziele rangieren abgeschlagen an letzter Stelle (Dahrendorf, 1965, 45); für den überwiegenden Teil der Mütter ist die Familie für politische Erziehung nicht zuständig (Kemmler, 1960).

Etwa ein Jahrzehnt später hat sich jedoch die Distanz der Familie zur politischen Erziehungsaufgabe spürbar verringert. 1972 geben in einer (allerdings nicht repräsentativen) Studie 69 % der Väter von 9- bis 10-jährigen Grundschülern an, dass die Familie durchaus für die politische Erziehung der Kinder zuständig sei. 48 % können sich bereits an Fragen ihrer jugendlichen Sprösslinge mit politischem Inhalt erinnern. Die Mehrzahl glaubt jedoch, dass es erst im Alter von 14 Jahren zu sinnvollen Gesprächen mit den Kindern kommen kann. Die Diskussion tagespolitischer Ereignisse, die Aufklärung über die Aufgaben der staatlichen Organe und die Hilfe bei der politischen Meinungsbildung werden am häufigsten als politische Erziehungsaufgaben genannt. Die deutsche Familie hat sich in den 60er Jahren also nicht nur der politischen Kommunikation, sondern auch der politischen Erziehung geöffnet und auch dadurch ihre Distanz zum politischen Bereich verringert.

Auch in der Einstellung zur politischen Erziehung zeigen sich wieder die typischen schichtenspezifischen Unterschiede. Die Väter aus oberen Berufsgruppen mit Realschulabschluss oder Abitur berichten häufiger von politikbezogenen Fragen ihrer Kinder, sind eher bereit, die Jungen zur Beschäftigung mit der Politik anzuregen und setzen das Kindesalter, in dem die Diskussion politischer Probleme sinnvoll erscheint, niedriger an als die Väter aus mittleren und unteren Berufsgruppen. Zudem zeigen sie sich liberaler: Sie sind eher bereit, eine eventuelle Kriegsdienstweigerung ihres Sohnes zu dulden oder zu unterstützen (Wacker und Braun, 1973).

Es gibt einen Hinweis dafür, dass die Betonung der politschen Erziehungsaufgabe – so wie auch die Häufigkeit des politsichen Gesprächs – in der deutschen Familie vergleichsweise stark ausgeprägt ist. Nur 42 % der englischen Eltern meinen, es sei ihre Aufgabe, bei den Kindern politisches Interesse zu wecken. Dowse und Hughes interpretieren diesen Befund zudem noch als eine "verbale Anpassung" an die Norm einer politischen Erziehung, die sich nicht in wirkliches erzieherisches Handeln umsetzt (Dowse und Hughes, 1971, 31).

Die bisher referierten empirischen Daten zum Eindringen der politischen Medienbotschaften in die Familie, zur Zunahme politischer Familiengespräche und zur Rückbesinnung auf die politische Erziehungsaufgabe der Eltern geben nur sehr grobe Hinweise auf die zunehmende Verknüpfung von Politik und Kommunikation bzw. Sozialisation in der Familie. Ueber die *"Qualität" der Politisierung* sagen sie nichts aus. Die folgenden Materialien und Ueberlegungen lassen einige Rückschlüsse auf die Qualität der politischen Subkultur der Familie und auf Veränderungen in diesem Bereich zu.

2.4 Homogenität, Konflikt und Rationalität in der politischen Subkultur der Famile

Die Familie ist einem gewissen *Homogenisierungsdruck* ausgesetzt: Entscheidungen mit Folgen für alle Familienmitglieder wie Urlaubsreisen, Autokauf, Hausbau u.ä. sind am leichtesten zu fällen und zu ertragen, wenn sie nicht gegen die individuellen Bedürfnisse der Eltern und Kinder verstossen (Neidhardt, 1975, 179). Obwohl die politischen Einstellungen und das politische Verhalten nicht zu denjenigen Bereichen gehören, in denen Meinungsverschiedenheiten der Familienmitglieder wichtige Entscheidungen blockieren würden, herrscht auch hier eine gewisse Konsensmoral. Die politische Subkultur der Familie ist relativ homogen, Uebereinstimmung ist häufiger anzutreffen als Konflikt. Bereits bei der Partnersuche fällt die Wahl eher auf einen politisch Gleichgesinnten als auf einen politischen "Gegner". Im Laufe der Ehe steigt die Uebereinstimmung im Hinblick auf die Parteipräferenzen noch nachweislich an, wobei sich die Ehefrau stärker der politischen Richtung ihres Mannes anpasst als umgekehrt (Mc Closky und Dahlgren, 1959, 770; Weiner, 1978, 211). Die Annahme der frühen amerikanischen Wahlstudien, dass die Parteipräferenzen der Eltern nur in Ausnahmefällen voneinander abweichen (Hyman,

1969, 58), wurde in neueren Untersuchungen etwas relativiert. In den USA stimmen mehr als ein Viertel der Ehepartner in ihren Parteipräferenzen nicht überein (Langton, 1969, 58, Jennings und Niemi, 1974, 174), in England sogar mehr als zwei Fünftel (Tapper, 1971). 62 % einer Stichprobe amerikanischer Studenten stuften ihre Väter auf demselben Niveau einer siebenstufigen Konservativismus-Sozialismus-Skala ein wie ihre Mütter (Nelson und Tallman, 1969, 199). In Wirklichkeit dürften die Unterschiede zwischen den Eltern etwas grösser sein, da die Kinder die politische Subkultur ihrer Familie einheitlicher wahrnehmen, als sie tatsächlich ist (Jennings und Niemi, 1974, 174).

Für die Bundesrepublik Deutschland lässt sich aus den Angaben Bakers errechnen, dass 47 % der Schüler aus Elternhäusern stammen, in denen Vater und Mutter derselben Partei nahestehen. 18 % geben an, ihre Eltern würden zu unterschiedlichen Parteien tendieren. In den restlichen Fällen können die Schüler keine Angaben zur Parteipräferenz eines Elternteils oder beider Eltern machen (Baker, 1974). Wasmund ermittelte bei den Eltern von Hauptschülern relativ hohe Uebereinstimmungen im Hinblick auf die Parteipräferenzen. Wenn die Kinder eine Parteibindung beider Eltern angeben können, dann bevorzugen die Ehepartner in 90 % der Familien dieselbe Partei. Die Uebereinstimmungsquote geht etwas zurück, wenn man auch die Fälle berücksichtigt, in denen die Ehefrau keine Parteipräferenz hat. Dann bevorzugen 90 % der Ehefrauen von SPD-Anhängern, 80 % von CDU-Anhängern und rund 60 % von FDP-Anhängern dieselbe Partei wie ihre Ehepartner (Wasmund, 1977, 213 ff.).

Diese vergleichsweise hohe Homogenität der deutschen Familien zeigt sich auch im Wahlverhalten. Bei den Bundestagswahlen 1969 und 1972 haben nach eigenen Angaben zwischen 89 % und 93 % der Wähler von SPD und CDU/CSU dieselbe Partei gewählt wie ihr Ehepartner (Liepelt und Riemenschneider, 1973, 569). Zwischen den Ehepartnern untereinander herrscht mehr Uebereinstimmung als zwischen Eltern und Kindern. Das Ehepartnersystem ist politisch homogener als das Eltern-Kind-System. Nur etwa die Hälfte der deutschen Jugendlichen (53 %) gaben 1975 an, in Fragen, die öffentliche Angelegenheiten oder Politik betreffen, mit ihren Eltern völlig oder im grossen und ganzen übereinzustimmen (Blücher, 1975, Band II, 180; ähnliche Ergebnisse bei Harnischfeger, 1972, 90). In den Herkunftsfamilien der Studenten scheint die häusliche Atmosphäre noch konfliktthaltiger zu sein: fast zwei Drittel berichten von Auseinandersetzungen mit dem Vater über politische Probleme (Allerbek, 1973, 106f.). Interviewer beobachten, dass in Wahlkampfzeiten "in den Familien um Parteien, Programme und Personen gerungen" wird (Hitpass, 1974, 77).

Deutsche Familien sind im Vergleich zu anderen Ländern im Eltern-Kind-System nicht nur stärker politisiert, sondern auch häufiger zerstritten. Eine Fünfländerstudie über die politische Interaktion zwischen Jugendlichen und Familie in den USA, Grossbritannien, Oesterreich, Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland kam zu dem Ergebnis, dass in den deutschen Familien am häufigsten Konflikte über politische Fragen zwischen den Generationen auftreten (Findl u.a., 1976, 29, nach Schmitt, 1977–78, 158).

Ab und zu wird dem politischen Familienmilieu ein Mangel an *Rationalität* vorgeworfen: niedriger Informationsstand, geringes politisches Interesse und weitgehende, z.T. lediglich vermutete Uebereinstimmung in politischen Fragen verhinderten rationale Auseinandersetzungen (Kreutz, 1977, 146f.). Ihre Fähigkeit, die auf sie einströmende Informationsfülle zu einsichtigen, sachlich angemessenen Urteilen und Entscheidungen zu verarbeiten, sei eng begrenzt (Behrmann, 1976, 144f.).

Vergleicht man das Informationsniveau, den Grad an Kontroverse und die Fähigkeit zur Informationsverarbeitung der Familie mit anderen politischen Sozialisationsinstanzen wie Schule, Gleichaltrigen oder politischen Organisationen, so schneidet die Familie in der Regel schlecht ab. Politik in der Familie dürfte stark wertbesetzt, relativ emotionsgeladen und entschieden stattfinden, dafür weniger sachlich, weniger differenziert und weniger kontrovers.

Allerdings legen allgemeine sozioökonomische und kulturelle Entwicklungstendenzen die Vermutung nahe, dass die familialen Kommunikations- und Entscheidungsprozesse langfristig mit rationalen Elementen angereichert werden. Wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Wandel macht die Familie zunehmend "freier": sie löst sich aus strukturellen Zwängen und traditionalen Bedingungen und wird immer häufiger vor die Notwendigkeit gestellt, zwischen Verhaltenalternativen zu wählen. Das Wirtschaftswachstum erhöht die Mengen des Einkommens und der Zeit, deren Verwendung nicht von vornherein festgelegt ist, sondern einer familialen Entscheidung bedarf ("Frei"-Geld, "Frei"-Zeit) und verbessert damit die materiellen Voraussetzungen für rationales Familienverhalten. Ein vielfältig-unübersichtliches Angebot auf dem Verbrauchermarkt, im Freizeitsektor oder bei der Anlage von Ersparnissen zwingt zur Verarbeitung von Informationen und zur Auswahl aus Alternativen.

Auch Veränderungen im Werte- und Normensystem, das familiales Handeln reguliert, deuten darauf hin, dass Rationalisierungstendenzen in der Familie begünstigt werden. Traditional festgelegte Verhaltensmuster in der Erziehung, in den Bildungskarrieren der Kinder und in der Arbeitsteilung zwischen Ehemann und Ehefrau lockern sich allmählich. Dadurch sehen sich Ehepartner häufiger als früher vor die Entscheidung gestellt, zwischen verschiedenen Ausbildungswegen ihrer Kinder oder zwischen verschiedenen Formen der Arbeitsteilung innerhalb und ausserhalb der Familie zu wählen. Der Familie werden zunehmend Entscheidungen zwischen Verhaltensalternativen abverlangt. Zudem lassen der Abbau hierarchischer Strukturen und die Liberalisierung des Erziehungsverhaltens vermuten, dass Meinungsvielfalt und Kontroverse in der Familie zunehmen; der Konsenszwang dürfte sich lockern.

Gegen die bisherige Argumentation lässt sich mit Recht einwenden, dass die Herauslösung der Familie aus materiellen und traditionalen Zwängen nicht automatisch gut informierte, aufgeklärte und einsichtige Familienentscheidungen zur Folge haben muss. Das Konzept des rationalen Handelns fordert nicht nur das Vorhandensein von Alternativen., sondern auch einen bestimmten, "vernünftigen" Umgang mit Alternativen. Und es lassen sich strukturelle Eigenarten der Familienumwelt

benennen, die ein rationales Verarbeiten von Alternativen behindern. Dazu gehören z.B. im politisch-gesellschaftlichen Bereich das unübersichtliche, verwirrende, ideologieträchtige Meinungs- und Informationsangebot der Massenmedien (vgl. dazu z.B. Geissler 1973) oder im Konsumbereich die Ueberfülle der Werbebotschaften, die nicht am Prinzip der Aufklärung, sondern an dem der Verführung orientiert sind (vgl. z.B. Aplanalp, 1978). Es soll hier also nicht der Eindruck erweckt werden, als würden Familienentscheidungen demnächst ausschliesslich nach dem Prinzip der Marktrationalität getroffen. Wie man weiss, entspricht der Wähler so wenig dem homo politicus wie der Verbraucher dem homo oeconomicus, und auch das Familienmitglied dürfte sich nur hin und wieder dem Typ des zweckrationalen Verhaltens annähern. Die geschilderten Folgen des Wandels im wirtschaftlichen und kulturellen Umfeld für die Familie – zunehmender Zwang zur Auswahl zwischen Alternativen und zunehmender Pluralismus innerhalb der Familie – können lediglich als notwendige, aber nicht als hinreichende Voraussetzungen für rationales Handeln gedeutet werden.

Dennoch bleibt festzuhalten: Die Rahmenbedingungen für familiales Handeln haben sich so verändert, dass man mit einer Verstärkung der rationalen Elemente rechnen kann. Industrialisierung und gesellschaftliche Differenzierung mit ihren Folgen – "Frei"-Geld, "Frei"-Zeit, Vielfalt im Konsum- und Freizeitbereich, Werte-, Normen- und Rollenpluralismus – drängen Elemente eines durch Traditionen oder sozioökonomische Zwänge gebundenen Familienverhaltens zurück zugunsten von Handlungsweisen, mit denen Informationsbeschaffung, Informationsverarbeitung und Abwägen zwischen Alternativen verknüpft sind und bei dem Werte, Normen und Bedürfnisse zur Diskussion stehen. Diese Veränderung in der Qualität des Familienhandelns, die man mit Vorsicht als "Anreicherung mit rationalen Elementen" bezeichnen kann, dürfte langfristig auch auf das politische Verhalten der Familie durchschlagen.

3. ZUSAMMENFASSUNG

Die Daten und Ueberlegungen zur politischen Subkultur der Familie zeigen, dass das Konzept der Familie als "Gegenstruktur" zum öffentlichen Bereich die tatsächlichen Verschränkungen von Familie und Politik unterschätzt. In den beiden letzten Jahrzehnten haben sich Veränderungen in der familialen Kommunikation und Sozialisation vollzogen, die man etwas pointiert als eine "politische Oeffnung" der Familie bezeichnen kann. Die Politisierung der Bevölkerung hat die Distanz zwischen Familie und Politik verringert. Ueber die Massenmedien, insbesondere über das Fernsehen, ist die Politik in den "privaten Schonraum" der Familie eingedrungen. Nur in Ausnahmefällen bilden politische Fragen noch ein Familientabu. In den meisten Familien drehen sich heute die Gespräche gelegentlich um Probleme der Politik; für Kinder und Jugendliche sind die Eltern bis etwa zum 18. Lebensjahr die wichtigsten Bezugspersonen für politische Themen. Die Eltern wiederum bekennen sich überwiegend zu einer politischen Erziehungsaufgabe. Privatismus und

Isolationstendenzen der Familie sind nicht so ausgeprägt, wie es das Gegenstrukturkonzept unterstellt.

Der beschriebene Wandel hat schichtenspezifische Unterschiede nicht beseitigt. In den Familien der unteren Schichten werden politische Medieninformationen weniger häufig genutzt, wird weniger über Politik gesprochen, wird die politische Erziehungsaufgabe der Familie seltener erkannt bzw. anerkannt. Die Familie der oberen Schichten ist dagegen in allen Bereichen offener gegenüber der politischen Sphäre. Die wenigen Vergleichsdaten mit der Situation der Familie in anderen Gesellschaften deuten darauf hin, dass nicht mehr Privatismus und Familismus die besonderen Eigenarten der deutschen Familie sind, sondern umgekehrt eine vergleichsweise grosse Aufgeschlossenheit gegenüber dem politischen Bereich.

Sozioökonomischer und kultureller Wandel schliesslich lassen verstärkt Momente rationalen Handelns in die Subkultur der Familie eindringen.

Auf die komplexen Ursachen der Rationalisierung des Familienverhaltens habe ich bei der Darstellung dieser Tendenz bereits hingewiesen. Die *Ursachen* der zuvor beschriebenen Politisierung der Familie sind dagegen in einem anderen Bereich zu suchen. Die politische Oeffnung der Familie ist genauso wenig ihr "Verdienst", wie die politische Isolation ihr "Verschulden" war. Die Anstösse dazu gingen nicht von der Dynamik der "unpolitischen" Familienstrukturen aus, sondern vom Wandel der übergreifenden politischen Kultur mit seinen vielfältigen Ursachen. Die politische Oeffnung der Familie spiegelt lediglich eine gewisse Politisierung der politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland wider, und die vielfältigen Ursachen dieser neuen "Partizipationskultur" (v.Alemann, 1981, 117) liegen ausserhalb der Familie. Sie dürften u. a. darin zu suchen sein, dass die deutsche Bevölkerung der 60er Jahre den entpolitisierenden Schock des Zusammenbruchs der nationalsozialistischen Herrschaft überwunden hatte und infolge wirtschaftlichen Fortschritts, der mit einer relativ stabilen politischen Entwicklung einherging, ein positives Verhältnis zu dem neuen politischen System aufbauen konnte. Die Beseitigung wirtschaftlicher Not setzte vor allem in den Mittelschichten und bei der jüngeren "postmaterialistischen" Generation politische Energien frei, die das politische System verhältnismässig gut an sich binden konnte, weil es in der Lage war, relativ flexibel auf die Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit einzugehen.

Wie sind diese Entwicklungen aus demokratietheoretischer Sicht zu beurteilen ? Die Normen einer liberalen und gleichzeitig partizipatorischen Demokratie fordern nicht nur den Kontakt des Bürgers mit dem politischen Bereich, sondern Sozialisations- und Kommunikationsformen, die ihm eine einsichtige Teilnahme an den politischen Prozessen ermöglichen. Nachweisbar ist, dass die Beschäftigung mit politischen Problemen in den Familien quantitativ zugenommen hat. Der intensivere Kontakt mit den politischen Medieninformationen, das häufigere Familiengespräch über Politik, das stärkere Bewusstsein von der politischen Erziehungsaufgabe der Eltern sind durchaus wichtige Voraussetzungen für das Funktionieren demokratischer Prozesse. Allerdings hat meine Analyse eine zentrale Frage aus-

klammern müssen: wenn man einmal von den relativ spekulativen Ueberlegungen zur "Rationalisierung" des Familienhandelns absieht, ist es weitgehend offengeblieben, ob die Politisierung der Familie eine Qualität aufweist, die den demokratischen Normen entspricht, ob die Verringerung der Distanz von Familie und Politik auch die einsichtige Teilnahme am politischen Prozess erleichtert. So wird z.B. dem Kenner der medienkritischen Literatur bei meiner Darstellung der Materialien zur Mediennutzung sofort einfallen, dass die politischen Informationsangebote der Massenmedien aus demokratietheoretischer Sicht erhebliche Mängel aufweisen (vgl. für die Bundesrepublik Pöttker, 1980 und für die Schweiz Arbeitsgruppe Kritische Publizistik, 1973) und dass gerade die politischen Sendungen des Fernsehens häufig eher als Unterhaltung konsumiert und nicht kritisch verarbeitet werden. Ein intensiverer Kontakt mit politischen Medieninhalten ist also nicht von vorneherein mit einer besseren Einsicht in die politischen Probleme gleichzusetzen. Aus demokratietheoretischer Perspektive ist es nicht nur von Bedeutung, *dass* die Familie politisch denkt und handelt, sondern es ist genau so wichtig, *wie* sie es tut. Der zweite Aspekt konnte in dieser Analyse leider kaum Berücksichtigung finden.

BIBLIOGRAPHIE

ABPLANALP, P. (1978), "Marktkommunikation und Konsumentenverhalten" (Social Strategies Publishers Co-operative Society, Basel).

v. ALEMANN, U. (1981), Parteiendemokratie und Bürgermitwirkung, *Demokratie als Teilhabe* (Landeszentrale für politische Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen, Hrsg.) (Wissenschaft und Politik, Köln), 107–118.

Arbeitsgruppe Kritische Publizistik (1973), "Welttheater für Eidgenossen" (Zürich).

BAKER, K. L. (1974), The Acquisition of Partisanship in Germany, *Am. J. Polit. Sci.*, **18** (1974) 569 ff.

BECKER, E., et al. (1967), "Erziehung zur Anpassung ?" (Wochenschau Verlag, Schwalbach).

BEHRMANN, G. C. (1976), "Erziehung zur Anpassung ?" (Wochenschau Verlag, Schwalbach).

BEHRMANN, G. C. (1976), Familie und Oeffentlichkeit, *Problem Familie – Familienprobleme* (Braun, H. Leitner, W., Eds.) (Campus, Frankfurt), 130–146.

BERG, K., KIEFER, M.-L. (Hrsg.) (1978), "Massenkommunikation. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung" (v. Hase & Köhler, Mainz).

BLUECHER, V. G. (1975), "Jugend zwischen 13 und 24. Vergleich über 20 Jahre" (Hrsg. v. Jugendwerk der Deutschen Shell, o.O.).

BLUECHER, V.G. (1977), "Jugend in Europa. Ihre Eingliederung in die Welt der Erwachsenen" (Hrsg. v. Jugendwerk der Deutschen Shell, o.O.).

DAHRENDORF, R. (1965), "Gesellschaft und Demokratie in Deutschland" (Piper, München).

DARSCHIN, W. (1979), Tendenz: stabil. Zuschauerverhalten in den ersten drei Monaten des Jahres 1979, *Media Perspektiven*, **6**, (1979) 362–369.

DOWSE, R. E., HUGHES, J. (1971), The Family, the School, and the Political Socialization Process, *Sociology*, 5 (1971) 21–45.
EMNID (1973), "Die jungen Staatsbürger" (mimeogr., Bielefeld).
GEIGER, TH. (1964), "Demokratie ohne Dogma" (Szczesny, München).
GEISSLER, R. (1972), Politische Kommunikation, *Partizipation und Abstinenz* (Trappe, P. Hrsg.) (Maschinenschrift, Basel) 75–137.
GEISSLER, R. (1973), "Massenmedien, Basiskommunikation und Demokratie" (Mohr & Siebeck, Tübingen).
GREIFFENHAGEN, M. & GREIFFENHAGEN, S. (1979), "Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands" (List, München).
GURATSCH, D. (1981), Eine Generation später: Die deutschen Frauen – Wunderwesen unserer Zeit, *Die Welt*, 116 (20. 5. 1981) 9.
HARNISCHFEGER, A. (1972), "Die Veränderung politischer Einstellungen durch Unterricht" (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin).
HITPASS, J. (1974), "Radikale Minderheit – Schweigende Mehrheit" (Fromm, Osnabrück).
HUNZIKER, P. (1976), Fernsehen und unterpersonale Kommunikation in der Familie, *Publizistik*, 21 / 2 (1976) 180–195.
HYMAN, H. (1969), "Political Socialization: A Study in the Psychology of Political Behavior" (MacMillan, New York).
JAIDE, W. (1978), "Achtzehnjährige – zwischen Reaktion und Rebellion" (Leske, Opladen).
JENNINGS, M. K. & JANSEN, R. (1976), Die Jugendlichen in der Bundesrepublik: Der Wunsch nach Veränderung und Meinungsvielfalt in der Politik – Der Einfluss von Sozialstruktur und Politik, *Polit. Vierteljahresschr.* 17 (1976) 317 ff.
JENNINGS, M. K. & NIEMI, R. G. (1974), "The Political Character of Adolescents. The influence of Families and Schools" (Univ. Press, Princeton N. J.).
KALTEFLEITER, W. (1974), Eine "gespaltene Generation", *Die politische Meinung*, 19 (1974) 34–49.
KIEFER, M.-L. (1981), Massenkommunikation 1964 bis 1980. Trendanalyse zur Mediennutzung und Medienbewertung, *Media Perspektiven*, 4 (1981) 261–286.
KOCH, M. (1972), "Die Deutschen und ihr Staat" (Hoffmann & Campe, Hamburg).
KREUTZ, H. (1977), Der Einfluss von Eltern und Gleichaltrigen auf politische und ausbildungsbezogene Entscheidungen im Jugendalter, *Die Familie als Sozialisationsfaktor* (Wurzbacher, G., Hrsg.) (Enke, Stuttgart) 93–169.
LANGTON, K. P. (1969), "Political Socialization" (Oxford Univ. Press, New York and London).
LIEPELT, K. & RIEMENSCHNEIDER H. (1973), Wider die These vom besonderen Wahlverhalten der Frau, *Politi. Vierteljahresschr.*, 14 (1973).
McCLOSKY, H. & DAHLGREN, L. (1959), Primary group influence on party loyalty, *Am. Politi. Sci. Rev.*, 53 (1959) 757–776.
MENACHER, P. (1972), "Jugendliche und Parteien. Ein Beitrag zur politischen Bildung unter besonderer Berücksichtigung der Kenntnisse und Stellungnahmen der Schüler beim Abschluss der Hauptschule" (Olzog, München und Wien).
MERELMANN, R. M. & FOSTER, CH. R. (1979), Politische Kultur und Erziehung in entwickelten Industriegesellschaften: Bundesrepublik Deutschland und Vereinigte Staaten, *Politische Sozialisation in entwickelten Industriegesellschaften* (Behrmann, G. C., Hrsg.) (Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn) 135–157.
NEIDHARDT, F. (1968), Schichtspezifische Elterneinflüsse im Sozialisationsprozess, *Die Familie als Sozialisationsfaktor* (Wurzbacher, G., Hrsg.) (Enke, Stuttgart), 275–308.
NEIDHARDT, F. (1975), Systemtheoretische Analysen zur Sozialisationsfähigkeit der Familie, *Frühkindliche Sozialisation. Theorien und Analysen.* (Neidhardt, F., Hrsg.) (Enke, Stuttgart) 162–187.

NELSON, J. I. & TALLMAN, I. (1969), Local-Cosmopolitan Orientation of Political Conformity: A Specification of Parental Influence, *Am. J. Sociol.*, **75** (1969) 193–207.

OSWALD, H. & VOELKER, I. (1973), Gymnasiasten – Religiöse Partizipation und politische Orientierung unter dem Einfluss der Eltern, *Jugend zwischen Auflehnung und Anpassung* (Wehling, H.-G., Hrsg.) (Kohlhammer, Stuttgart u. a.) 116–147.

POETTKER, H. (1980), "Zum demokratischen Niveau des Inhalts überregionaler westdeutscher Tageszeitungen" (SCAK, Hannover).

ROSENBAUM, H. (1973), "Familie als Gegenstruktur zur Gesellschaft" (Enke, Stuttgart).

SAND, H. & BENZ, K. H. (1976), "Jugend und Meinungsbildung. Jugendreport" (Bonz, Stuttgart).

SCHARMANN, TH. (1967), "Lebensplanung und Lebensgestaltung junger Arbeiter" (Huber, Bern/Stuttgart).

SCHELSKY, H. (1967), "Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart" (Enke, Stuttgart).

SCHISSLER, J. (1979), Zu einigen Problemen der politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, *Politische Sozialisation in entwickelten Industriegesellschaften* (Behrmann, G. C., Hrsg.) (Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn) 158–174.

SCHMITT, G. (1977–78), Political Socialisation Research on the Family, *Int. J. Polit. Educ.*, **1** (1977–78) 143–166.

SCHMITT, G. (1979), Die Mittlerrolle der Familie zwischen Individuum und Gesellschaft, *Politische Sozialisation in entwickelten Industriegesellschaften* (Behrmann, G. C., Hrsg.) (Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn), 223–247.

SCHULZE, G. (1977), "Politisches Lernen in der Alltagserfahrung" (Juventa, München).

TAPPER, T. (1971), "Young People and Society" (Faber & Faber, London).

TESCHNER, M. (1968), "Politik und Gesellschaft" (Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt).

WACKER, A. & BRAUN, E. (1973), Empirische Untersuchungen zum Selbstverständnis von Vätern als politischer Erzieher, *Soziale Welt*, **24** (1973) 418–423.

WASMUND, K. (1977), "Politische Orientierungen Jugendlicher" (Ernst Vögel, München).

WEINER, T. S. (1978), Homogenity of Political Party Preferences Between Spouses, *J. of Politics*, **40** / 1 (1978) 208 ff.

WITTERN, J. (1974), Politisches Interesse und politische Aktivität, *Politische Sozialisation von Studenten* (Deichsel, A. et al. Hrsg.) (Enke, Stuttgart) 39–59.

WURZBACHER, G. & KIPP, H. (1968), Das Verhältnis von Familie und öffentlichem Raum unter besonderer Berücksichtigung der Bundesrepublik Deutschland, *Die Familie als Sozialisierungsfaktor* (Wurzbacher, G. Hrsg.) (Enke, Stuttgart).

Zweiter Familienbericht (1975), hrsg. vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (Bonn).